

Gute Kommunal- politik

...für Gute Arbeit, starke Wirtschaft und
soziale Sicherheit in Niedersachsen

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover
<https://niedersachsen.dgb.de>

Verantwortlich: Dr. Ernesto Harder, Vorsitzender
DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Autor*innen: Christian Altkirch, Miriam Bömer,
Dr. Eva Clasen, Aljoscha Dalkner, Johannes Grabbe,
Kimberly Haarstik, Andrea Hotopp, Oliver Hublitz,
Dorothee Koch, Moritz Kohler, Tina Kolbeck-Landau,
Merle Mangels, John Matthies, Sebastian Meise,
Waleria Nichelmann, Lars Niggemeyer,
Matthias Richter-Steinke, Danny Schnur,
Denise Steinert, Daniela Teppich, Sinem Topcu,
Agnieszka Zimowska

Redaktion: Ruben Eick, Heike Robrahn

Fotos: DGB/Werner Musterer
Illustrationen: Andrea Takacs

Gestaltung/Druck: drucktechnik-altona.de

März 2026

Inhalt

Vorwort 4

Regionsgeschäftsführer*innen 6

Gute Kommunalpolitik...

... sorgt für eine starke Demokratie. 8

... sichert Gute Arbeit und Tarifbindung. 9

... macht Kommunen mit Investitionen attraktiv. 10

... sorgt für lebenswerte Kommunen.11

... sorgt für Gute Arbeit im öffentlichen Dienst. 12

... macht Wohnen gerechter. 13

... gestaltet die Mobilitätswende. 14

... sorgt für sichere Kommunen. 15

... sorgt für Gute Arbeit und Ausbildung in Kitas. 16

... sorgt für gute Bildung an Schulen. 17

... stärkt die berufliche Bildung. 18

... stärkt Wirtschaft und Beschäftigung im Wandel. 19

... bringt die Energiewende voran. 20

... sorgt für einen gerechten
Arbeitsmarktzugang für alle. 21

... sorgt für ein starkes soziales Netz vor Ort. 22

Interview

...mit Dr. Ernesto Harder:
Warum die Kommunalwahlen
aus Sicht des DGB so wichtig sind 23



...für Gute Arbeit, starke Wirtschaft und soziale Sicherheit in Niedersachsen

Am 13. September 2026 finden die Kommunalwahlen in Niedersachsen statt. Sie sind für die Menschen wichtig, weil die Kommunen die Orte sind, an denen sie wohnen, arbeiten und leben. Kommunalpolitische Entscheidungen haben oft einen direkten Einfluss auf den unmittelbaren Alltag der Bürger*innen. Und die Kommunen sind der Ort, an dem die Menschen unmittelbar und am häufigsten mit unserem demokratischen Staat in Berührung kommen. Daher ist es umso wichtiger, dass die Menschen erleben: Demokratie funktioniert – Bedürfnisse nach einem guten Ort fürs Leben und Arbeiten werden erfüllt – Politik macht einen verlässlichen Job und kümmert sich um die Dinge, die wir alle brauchen. Wohnungen, Busse, Bahnen, Straßen, Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Kulturangebote, eine moderne Verwaltung – dies sind nur Beispiele aus dem langen Katalog wichtiger kommunaler Angebote und Leistungen.

Das funktioniert aber nur, wenn die Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet sind, um handlungsfähig zu sein. In Niedersachsen gibt es hier erheblichen Handlungsbedarf: Der Investitionsstau in den Kommunen liegt in Milliardenhöhe. Dass viele Kommunen unterfinanziert sind, zeigt die starke Zunahme an so genannten Kassen-

krediten, mit denen Kommunen ihre Ausgaben kurzfristig decken müssen. Dabei braucht es unbedingt Spielraum, damit unsere Kommunen lebenswert gestaltet werden können. Auch kann nur so die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort gestärkt werden, um gute, tarifgebundene Arbeitsplätze für die Menschen zu schaffen. Ohne handlungsfähige Kommunen hingegen gibt es keine funktionierende Daseinsvorsorge. Und ohne verlässliche kommunale Infrastruktur verliert der Staat das Vertrauen der Menschen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine acht Mitgliedsgewerkschaften in Niedersachsen halten in diesem Papier Analysen und Handlungsvorschläge für die Kommunalpolitik bereit und mischen sich so konstruktiv in die Kommunalwahlen ein. Unsere Kolleg*innen vor Ort treten mit der Politik in den Dialog und unterfüttern die gewerkschaftlichen Forderungen mit Argumenten.

Gute Kommunalpolitik sichert für die Menschen vor Ort Gute Arbeit, eine starke Wirtschaft und soziale Sicherheit in Niedersachsen! In den Kommunen haben die Bürger*innen den größten politischen Mitgestaltungsspielraum. Deshalb ist es so wichtig, dass Menschen sich für ihre Interessen engagieren und wählen gehen – demokratisch und sozial gerecht!

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünschen



Dr. Ernesto Harder
DGB-Bezirksvorsitzender
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt



Joachim Plank
Geschäftsstellenleiter
EVG Nord



Finn Petersen
Landesbezirksvorsitzender
NGG Nord



Kai Schwabe
Regionalleiter
IG BAU Niedersachsen



Stefan Störmer
Landesvorsitzender
GEW Niedersachsen



Kevin Komolka
Landesvorsitzender
GdP Niedersachsen



Ralf Becker
Landesbezirksleiter
IGBCE Nord



Thorsten Gröger
Bezirksleiter, IG Metall
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt



Andrea Wemheuer
Landesbezirksleiterin
ver.di Niedersachsen-Bremen

Regionsgeschäftsführer*innen



DGB-Region Bremen-Elbe-Weser

Regionsgeschäftsführung:
Christian Wechselbaum
Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen
Telefon: 0421 33576-0
E-Mail: bremen@dgb.de



DGB-Region Niedersachsen-Mitte

Regionsgeschäftsführung:
Ute Neumann
Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover
Telefon: 0511 16387-0
E-Mail: hannover@dgb.de



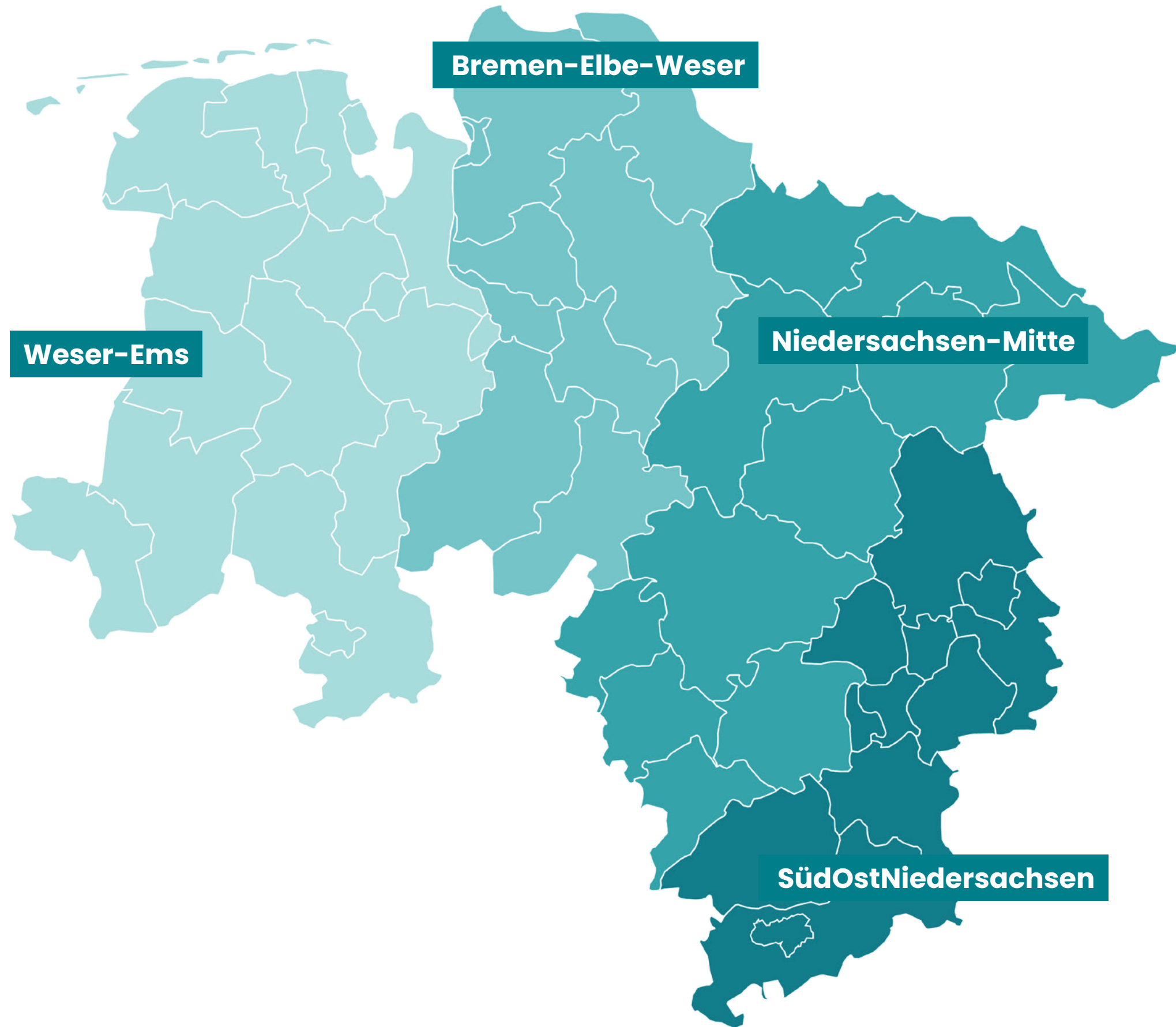
DGB-Region SüdOstNiedersachsen

Regionsgeschäftsführung:
Agnieszka Zimowska
Wilhelmstraße 5, 38100 Braunschweig
Telefon: 0531 48096-0
E-Mail: braunschweig@dgb.de



DGB-Region Weser-Ems

Regionsgeschäftsführung:
Dorothee Koch
Kaiserstraße 4-6, 26122 Oldenburg
Telefon: 0441 2 18 76 10
E-Mail: weser-ems@dgb.de



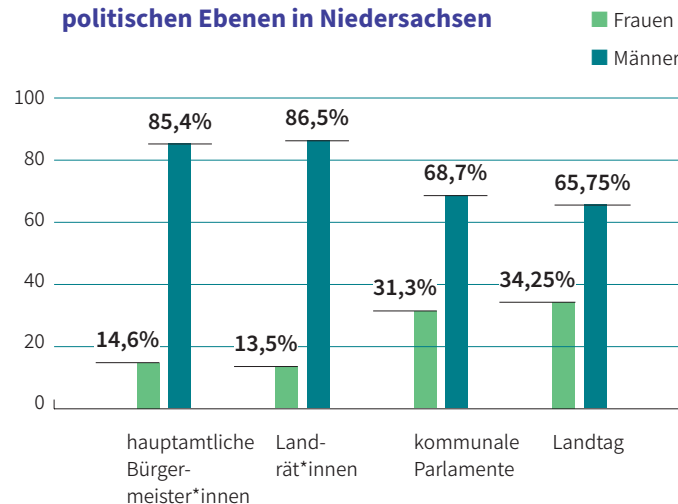
...sorgt für eine starke Demokratie.

Die Kommunen sind Orte des Zusammenlebens. Kommunalpolitische Entscheidungen beeinflussen unmittelbar das Leben und den Alltag der Bürger*innen. Die Beteiligung von Bürger*innen ist deshalb generell wichtig, insbesondere die politische Teilhabe von Frauen, jungen Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund sollte in der Kommunalpolitik erhöht werden. Denn Kommunalpolitik hat die Aufgabe, die Demokratie in unserer persönlichen Erfahrungswelt erlebbar zu machen und zum Mitgestalten zu animieren.

Demokratie muss erlebbar sein und zum Mitgestalten anregen.

Kommunen müssen sich Diskriminierung, Hass und Menschenfeindlichkeit klar entgegenstellen und unsere demokratische Gesellschaft stärken. Bildung ist dabei der Schlüssel! Durch eine ausfinanzierte Jugendarbeit, umfangreiche Bildungsangebote für alle Altersgruppen und eine starke Zivilgesellschaft mit ehrenamtlichem Engagement sowie der Partizipation von Vereinen und Initiativen können Kommunen stabil gegen Angriffe von Rechts werden.

Frauenanteil auf verschiedenen politischen Ebenen in Niedersachsen



konkret: Was ist zu tun?

- Kommunale Entscheidungen müssen grundsätzlich **transparent und beteiligungsorientiert** gestaltet werden. Durch Kinderbetreuung oder die Übernahme der Kosten werden Hürden für Eltern abgebaut, die sich engagieren wollen. Zusätzlich muss eine familienfreundliche Sitzungskultur entstehen, die durch hybride Formate oder keine Termine am Abend geprägt ist.
- In den Kommunen müssen **regionale Gleichstellungsstrategien** erstellt werden. Dafür benötigt es eine personelle und finanzielle Ausstattung der Gleichstellungsbüros sowie eine hauptamtliche Besetzung dieser.
- Die **Demokratiebildung für junge Menschen** ist ein essenzieller Baustein unserer Gesellschaft. Jugendverbände müssen dabei finanziell und strukturell unterstützt und Jugendzentren (aus-)gebaut werden und Angebote für junge Menschen machen. Dafür benötigt es mehr Personal und Geld für Jugendverbände.
- In allen Strukturen muss **klare Kante gegen Rechtsextremismus** gezeigt werden. Durch Demokratiebildung sollen Kommunen Präventionsarbeit leisten und sich klar positionieren. Ehrenamtliches Engagement gegen Rechts muss geschützt und unterstützt werden.

Quelle: Landtag Niedersachsen (2024), Landesamt für Statistik Niedersachsen (2024) BMFSFJ (2024), eigene Darstellung.
Stand: August 2024

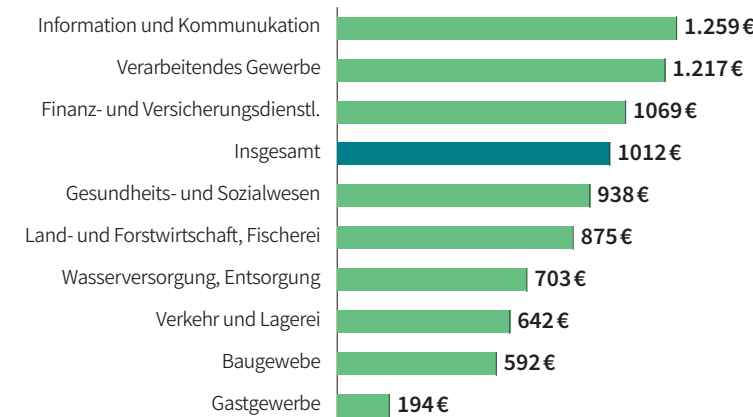
...sichert Gute Arbeit und Tarifbindung.

Zu viele Unternehmen verschaffen sich immer noch Vorteile im Wettbewerb durch Lohndumping. Hierunter leiden alle: Die Beschäftigten, faire Arbeitgeber und die öffentliche Hand – denn Lohnverluste sind auch Kaufkraftverluste und Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialkassen. Deshalb kommt es jetzt auf die öffentlichen Auftrag- und Mittelgeber an: Sie dürfen Aufträge und Fördermittel nur an Betriebe vergeben, die gute Arbeitsbedingungen bieten. Und diese gibt es nur durch Tarifverträge. Sie sind die beste Garantie dafür, dass die erbrachte Wertschöpfung fair verteilt wird. Die Unterschiede sind enorm: In Niedersachsen verdienen Vollzeitbeschäftigte, für die ein Tarifvertrag gilt, im Schnitt

Tariflöhne erhöhen die Kaufkraft und Steuereinnahmen vor Ort.

1.000 Euro mehr im Monat als diejenigen, die in tariflosen Betrieben tätig sind. Mehr Tarifbindung wäre damit ein Gewinn für alle Städte und Gemeinden in Niedersachsen.

Tarifvorteil von niedersächsischen Vollzeitbeschäftigten



konkret: Was ist zu tun?

- Bei der **Vergabe kommunaler Aufträge** müssen Städte, Gemeinden und Landkreise dafür sorgen, dass die beauftragten Unternehmen tarifliche Arbeitsbedingungen bieten. Dies sollte von den Kommunen auch stichprobenartig kontrolliert werden.
- **Kommunale Unternehmungen und Beteiligungsgesellschaften** müssen tarifgebunden und mitbestimmt sein.
- Gute Arbeit – tariflich, unbefristet, mitbestimmt – muss ein wesentliches Kriterium **kommunaler Wirtschaftsförderung** sein.
- Kommunen müssen **Vorreiter für Gute Arbeit** sein: Sie sollten keine Ausgliederungen und Fremdvergabe von Tätigkeiten vornehmen und befristete Arbeitsverhältnisse reduzieren.
- Die **kommunalen Gewerbeämter** müssen entschieden gegen Schwarzarbeit vorgehen und bei der Gewerbeanmeldung genau überprüfen, ob es sich um Scheinselbstständigkeit handelt. Die enge Zusammenarbeit mit Zoll und Gewerbeaufsicht sollte die Regel sein. Zeitgleich brauchen die Gewerbeaufsicht und der Zoll eine bessere personelle Ausstattung.
- In den **Wirtschafts- und Sozialausschüssen** der Kommunen sollten regelmäßig Gewerkschaften sowie Personal- und Betriebsräte angehört werden.
- **Personalkostenerstattungen der Kommune an Dritte** (z. B. Kinderbetreuungseinrichtungen in nicht-öffentlicher Trägerschaft) müssen an eine tarifliche Entlohnung gebunden werden.

Angaben in Euro pro Monat (brutto) / Stand: 2024
Quelle: Bundesregierung 2025 (BT-Drucks. 21/857); eigene Darstellung



...macht Kommunen mit Investitionen attraktiv.

Kommunen sind Orte des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens. Sie betreiben Schulen, Kitas, Krankenhäuser, kümmern sich um die Energieversorgung, um den ÖPNV und den Bau von Verkehrswegen. Außerdem spielen sie eine wesentliche Rolle beim Klimaschutz. Kurzum: Die kommunale

Wir brauchen in Niedersachsen eine kommunale Investitionsoffensive!

Infrastruktur ist die Basis für attraktive Lebens- und Wirtschaftsstandorte. Allerdings fahren die Kommunen seit Jahren auf Verschleiß. In Niedersachsen beträgt ihr Investitionsstau inzwischen über 22 Mrd. Euro. Gleichzeitig hat sich die kommunale

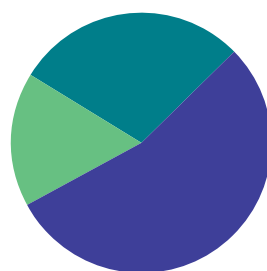
Finanzlage krisenbedingt und durch die anhaltende Konjunkturschwäche dramatisch zugespitzt. Die Mittel aus dem Sondervermögen setzen zwar einen wichtigen Impuls für mehr Investitionen. Angesichts großer Rückstände und angespannter Haushalte ist jedoch absehbar, dass die einmalige Unterstützung allein nicht ausreicht. Es darf aber keinesfalls eine Situation entstehen, in der wichtige Projekte auf die lange Bank geschoben oder aufgegeben werden. Stattdessen brauchen die Kommunen dauerhafte Planungssicherheit und echte Gestaltungsspielräume. Nur so können wir heute und in Zukunft in lebenswerte, nachhaltige und resiliente Kommunen investieren.

Investitionsstau der niedersächsischen Kommunen

6,5 Mrd. Euro
Landkreise

3,8 Mrd. Euro
Einheitsgemeinden und Samtgemeinden

12,4 Mrd. Euro
große selbstständige Städte und Städte mit Sonderstatus



konkret: Was ist zu tun?

- Vor Ort müssen konkrete Bedarfe ermittelt und dann Investitionen vorangetrieben werden. Wir brauchen in Niedersachsen eine **kommunale Investitionsoffensive!**
- Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) stehen Niedersachsen rund 9,4 Mrd. Euro zur Verfügung, davon pauschal rund 4,7 Mrd. Euro für die Kommunen. **Diese Investitionsmittel müssen schnell, zielgerichtet und transparent eingesetzt werden** – jede Kommune muss ihre Projekte frühzeitig planen.
- Gute Kommunalpolitik setzt auf **Rekommunalisierung** statt auf Privatisierung. Finger weg von kostspieligen Öffentlich-Privaten-Partnerschaften!
- Einführung eines **kommunalen Gender Budgetings**, um die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Budgets und Ausgaben sichtbar zu machen und bei Bedarf gegensteuern zu können.
- Unsere Kommunen brauchen mehr Einnahmen! **Die Gewerbesteuer ist als wichtigste Gemeindesteuer zu stärken** und zu einer umfassenden Gemeindewirtschaftssteuer weiterzuentwickeln, in die alle Gewerbebetriebe, Selbständige und Freiberufler*innen einbezogen werden.
- **Solidarische Entschuldung der Kommunen** durch eine einmalige Übernahme kommunaler Altschulden durch Bund und Länder
- Das **Prinzip der Konnexität** endlich richtig umsetzen
- Königsteiner Schlüssel um **regionale und soziale Indikatoren** ergänzen

Quelle: Nds. Landesrechnungshof 2023–2025; eigene Darstellung

...sorgt für lebenswerte Kommunen.

Kommunen sind das Zuhause der Menschen. Wie gut versorgt und beteiligt sie sich vor Ort fühlen, hängt von einer vorausschauenden und verlässlichen Daseinsvorsorge ab.

Eine lebenswerte Gestaltung der Kommunen muss im Fokus kommunalen Handelns stehen: Dazu gehören medizinische Versorgung, Mobilität, Ver- und Entsorgung, Bildung, Klima-

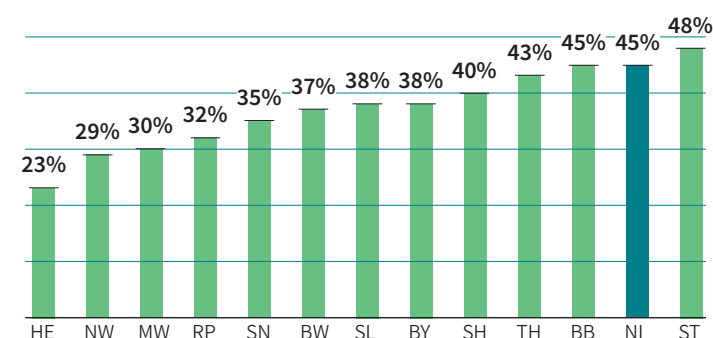
Es braucht gleichwertige Lebensverhältnisse und eine verlässliche Daseinsvorsorge in der Stadt und auf dem Land.

schutz und Integration. Wohngebiete mit bezahlbarem Wohnraum sorgen für lebenswerte Nachbarschaften.

Der Klimawandel trifft Städte wie ländliche Regionen. Hier sind CO₂-reduzierende

Maßnahmen und Wasserspeicher gefragt. Daher stehen Investitionen in zukunftsweisende Stadtplanung, kommunale Energieversorgung sowie Katastrophenschutz oben auf der Agenda. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und der Daseinsvorsorge in der Stadt und auf dem Land muss den berechtigten Ansprüchen der Menschen gerecht werden.

Anteil der Bevölkerung ohne gute Bus- und Bahnanbindung nach Bundesländern



konkret: Was ist zu tun?

- **Kommunen sichern öffentliche Leistungen auf höchstem Niveau** – von der Gesundheitsversorgung über die frühkindliche Bildung bis zur Ver- und Entsorgung.
- Die **Pflegeinfrastruktur ausbauen** durch Angebote der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege in den Kommunen verankern sowie niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote bereitstellen.
- Ein **guter Mix an Mobilitätsformen** sichert wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe. Intakte Straßen, ein ausgebauter und barrierefreier ÖPNV und genügend Geh- und Radwege müssen von den Kommunen vorgehalten werden.
- **Maßnahmen zur Klimaanpassung** sind zukunftsweisend. Dazu gehören Regenauffangkonzeppte und Hochwasserschutzmaßnahmen, eine vorausschauende Stadtplanung inklusive Schattenplätzen als Abkühlungsmöglichkeiten und Wasserspender (auch für wohnungslose Menschen).
- Die Entwicklung kommunaler Aktionspläne und Gesamtstrategien trägt zur **Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** wesentlich bei. Die Istanbul-Konvention muss kommunal konsequent umgesetzt werden.
- **Integration findet vor Ort statt.** Dafür braucht es differenzierte Integrationskonzepte und -strategien, entsprechende Einrichtungen und Dienste sowie die Einbindung der örtlichen Zivilgesellschaft.

Angaben in Prozent / repräsentative Umfrage / nur Flächenländer – Quelle: Allianz pro Schiene 2024; eigene Darstellung

...sorgt für Gute Arbeit im öffentlichen Dienst.

Mit insgesamt rund 150.000 Beschäftigten sind die Kommunen wichtige Arbeitgeber in Niedersachsen. Nur wenn ihre Angestellten und Beamt*innen gute Arbeitsbedingungen

haben, kann das Gemeinwesen und die öffentliche Daseinsvorsorge gut funktionieren.

Denn die Arbeit von Busfahrer*innen, Müllwerker*innen, kommunalen Pflegekräften oder Beschäftigten in den Ämtern, aber

auch in Kitas, Kunst-, Kultur- und Jugendeinrichtungen schafft Lebensqualität, Teilhabe und Sicherheit für alle Bürger*innen.

Aber oft herrscht Fachkräftemangel in den Dienststellen und Stellen werden nur schleppend oder befristet nachbesetzt. Die räumliche Ausstattung lässt mancherorts zu wünschen übrig. Die bereitgestellte digitale Infrastruktur in öffentlichen Einrichtungen, Ämtern und Behörden könnte besser sein. Das führt zunehmend zu Frust bei den Bürger*innen. Und diese lassen ihn an den Beschäftigten aus – ob digital oder in Form von physischer Gewalt.

Personal des öffentlichen Dienstes 2022

49 530

zentrale Verwaltung

46 830

Soziales und Jugend

35 185

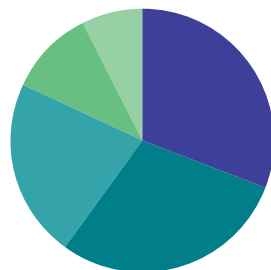
Gestaltung der Umwelt

17 225

Schule und Kultur

11 610

Gesundheit und Sport



konkret: Was ist zu tun?

- Kommunen müssen gute, für Fachkräfte **attraktive Arbeitgeber** sein, mit unbefristeten, sozialversicherten Jobs – **tariflich bezahlt bzw. verfassungsgemäß besoldet**. Auch gute Weiterbildungsmöglichkeiten gehören dazu.
- Kommunen müssen aktiver **ausbilden und ihre Auszubildenden unterstützen**.
- Kommunen sollten **mehr Schwerbehinderte einstellen**, als das Gesetz vorsieht.
- Stellen** müssen auch bei Eigenbetrieben und Trägern vorrangig **unbefristet ausgeschrieben** werden.
- Beschäftigte brauchen **Arbeitszeiten und Kinderbetreuung, die Beruf und Familie gut vereinbaren lassen**.
- Arbeitsplätze** müssen **modern und ergonomisch ausgestattet** sein und die Möglichkeit zu Tele- und mobiler Arbeit bieten.
- Mitbestimmung stärken!** Gerade bei Digitalisierungsprojekten und der Einführung von KI müssen **Personalräte** frühzeitig einbezogen sein.
- Alle Beschäftigten verdienen **Schutz vor Gewalt**. Prävention von und Nachsorge nach verbalen oder tätlichen Angriffen gehören zur Fürsorgepflicht des Arbeitgebers.
- In den Kommunen arbeiten viele Frauen, aber kaum in Führungspositionen. **Geschlechtsbedingte Diskriminierung muss abgebaut**, Aufsichtsräte paritätisch besetzt, das Niedersächsische Gleichstellungsgesetz konsequent umgesetzt werden.

Quelle: Personalstandsstatistik LfS

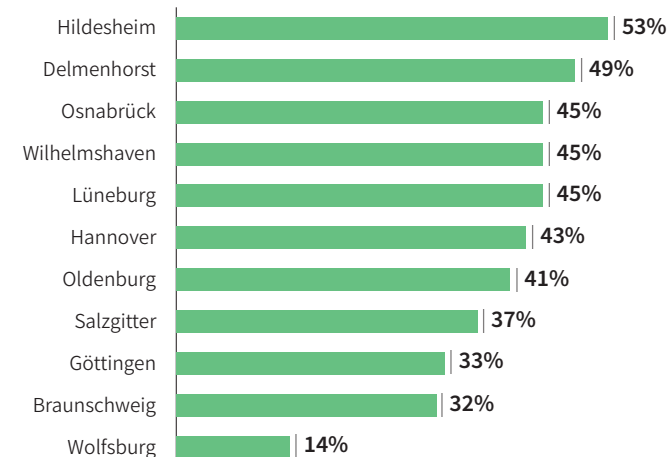
...macht Wohnen gerechter.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Es muss bezahlbar sein und darf kein Armutsrisiko werden. Doch immer mehr Menschen werden durch den Mietpreisboom an ihre finanziellen Grenzen getrieben. Der Anteil derer, die mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Miete zahlen müssen, steigt. Gleichzeitig sind die Belastungen ungleich verteilt. Wer wenig Einkommen hat, muss davon prozentual mehr für die Miete ausgeben. In eine günstigere Wohnung zu ziehen, ist oftmals keine Option, denn sie sind sowohl in der Stadt als auch dem Land immer schwieriger zu finden. Dazu kommt der Effekt, dass sich Angebots- und Bestandsmieten auseinanderentwickeln.

Gute Kommunalpolitik sorgt für ausreichend bezahlbaren Wohnraum.

Darunter leidet auch die Mobilität für den Arbeitsmarkt. Wer trübe Aussichten auf eine bezahlbare Wohnung in einer anderen Stadt hat, überlegt sich den Jobwechsel und die Aufgabe der alten Wohnung. Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II haben ab einer bestimmten Wohnungsgröße keine Wahl und sind den Marktkräften mit anderen vulnerablen Menschen wie Alleinerziehenden besonders stark ausgesetzt. Daher braucht es eine langfristige und verlässliche Strategie der Kommunen für eine aktive Wohnraumpolitik und mehr Wohnraum im öffentlichen Besitz.

Anstieg der Angebotsmieten von 2015 bis 2025



konkret: Was ist zu tun?

- Niedersachsens Kommunen müssen den **öffentlichen Wohnungsbau** ausweiten, sich regional vernetzen und **kommunale Wohnungsbaugesellschaften gründen**.
- Bessere Nutzung leerstehender Objekte**, Auslastung vorhandener Flächen und Vermeidung von Zweckentfremdung.
- Öffentliche Baugrundstücke** sollen im **öffentlichen Eigentum verbleiben**. Sie können öffentlich bebaut oder durch Erbbaurecht Dritten zur Verfügung gestellt werden. So sollen auch Genossenschaften gestärkt werden.
- Es braucht mehr **preis- und belegungsgebundene Wohnungen** in Neubauprojekten, um die auslaufenden Sozialbindungen auszugleichen und den Bestand an bezahlbaren Wohnungen zu erhöhen.
- Mehr Personal in Bauämtern, **Vereinfachung der Bauvorschriften** und **schnellere Genehmigungsverfahren**.
- Die **landeseigene Wohnungsbaugesellschaft** soll im Rahmen von Öffentlich-Öffentlichen-Partnerschaften die kommunalen Wohnungsunternehmen unterstützen.
- Kommunen müssen **Mieter*innen vor Mietwucher** und dubiosen Nebenkostenabrechnungen **schützen**. Die **Mietpreisbremse** muss konsequent angewendet und kontrolliert werden.
- Versorgung **besonderer Bedarfe** mit Wohnraum: „**Housing First**“ für die Obdachlosenhilfe, **barrierefreie Wohnungen** für Menschen mit Behinderungen und bezahlbare Wohnungen für Studierende und Azubis durch Studenten- und **neu zu gründende Azubiwerke**.

Angaben in Prozent / Datenstand: Juli 2025

Quelle: Value Marktdaten 2025 (via NDR); eigene Darstellung

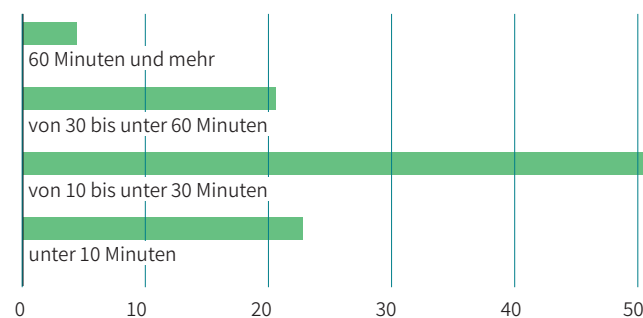
...gestaltet die Mobilitätswende.

Die Menschen müssen mobil sein, um soziale Kontakte zu pflegen, zur Arbeit zu kommen und an der Gesellschaft teilzuhaben. Gleichzeitig brauchen die niedersächsischen Industrie- und Dienstleistungsstandorte moderne und leistungsfähige Verkehrswege für den Güterverkehr. Gute Mobilität und Klimaneutralität müssen Hand in Hand gehen. Um die Klimaziele zu erreichen, muss den klimaschonenden Fortbewegungsarten nicht erst die Zukunft, sondern bereits die Gegenwart gehören. Zudem braucht es massive Verkehrsinvestitionen,

Für eine erfolgreiche Mobilitätswende werden höhere und verlässlichere Finanzmittel benötigt.

da derzeit marode Brücken, Schienen und Straßen die Mobilität der Menschen als auch den Wirtschaftsverkehr behindern. Wesentliche Rahmenbedingungen der Mobilitätswende werden durch Gemeinden, Städte und Landkreise gestaltet. Für die Arbeitnehmer*innen sind dabei die kommunalen Mobilitätsangebote für ihren täglichen Weg zur Arbeit entscheidend, da jede*r Vierte in Niedersachsen derzeit über eine Stunde pro Tag im Pendelverkehr unterwegs ist.

Zeitaufwand der Erwerbstätigen für den Hinweg zur Arbeitsstätte in Niedersachsen 2024



konkret: Was ist zu tun?

- Eine innovative und beteiligungsorientierte Stadt- und Verkehrsplanung muss klimafreundliche, praktikable und bezahlbare Mobilität sicherstellen.
- Das Zusammenspiel der Verkehrsträger und einer gestärkten Rolle von Schienenverkehr, öffentlichem Verkehr und Fuß- und Radverkehr sowie E-Mobilität ist dabei entscheidend. Kommunen sollten hierzu Impulse in Feldern wie Bedarfsverkehr, Sharing-Angebote, Park/Bike&Ride, Ladeinfrastruktur, Barrierefreiheit oder Geschlechtergerechtigkeit setzen.
- Mehr Investitionen in Infrastruktur, Ausstattung und Personal sorgen für einen Ausbau der ÖPNV-Angebote. Dies gilt insbesondere im ländlichen Raum und für die Anbindung von Gewerbegebieten für eine Erleichterung des beruflichen Pendelns.
- Eine marode Infrastruktur gefährdet die Mobilität der Menschen sowie die Warenströme unserer Wirtschaft. Investitionen in den Erhalt und die Instandsetzung muss konsequent höher priorisiert werden.
- Die Mobilitätswende muss auf Guter Arbeit mit Tarifverträgen und Mitbestimmung basieren. Kommunen müssen diesen Leitgedanken etwa bei der Konzeption neuer Mobilitätsangebote oder bei der kommunalen Beschaffung und Vergabe auch im Verkehrsbereich umsetzen. Bei Ausschreibungen muss der TV-N der Standard sein.

Quelle: Eigene Darstellung nach Erstergebnissen des Mikrozensus 2024 / Landesamt für Statistik Niedersachsen LSN, 2025: Anlage zur Pressemitteilung Nr. 096 vom 28.10.2025.



...sorgt für sichere Kommunen.

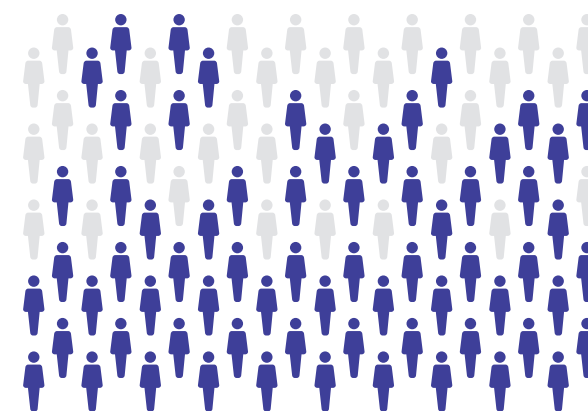
Alle Kommunen in Niedersachsen müssen sichere Orte zum Leben und Arbeiten sein – sowohl für die Einwohner*innen als auch für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und im öffentlichen Raum. Alle staatlichen Ebenen sind hier gefordert, die Kommunalpolitik kann und muss einen wichtigen Beitrag leisten. Menschen, die jeden Tag für unsere Gesellschaft im Einsatz sind, werden immer häufiger Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen. Die Politik muss Antworten finden und für sichere und lebenswerte Kommunen sorgen. Frauen sind in besonderem Maße (häuslicher) Gewalt ausgesetzt, hier muss der Gewaltschutz dringend deutlich ausgebaut werden. Zusätzlich helfen stärkere Investitionen in städtebauliche Maßnahmen, Angsträume zu vermeiden.

Alle Kommunen in Niedersachsen müssen sichere Orte zum Leben und Arbeiten sein.

Verbale und körperliche Gewalt im öffentlichen Dienst zwischen 2018 und 2020

67%

■ Opfer verbaler oder körperlicher Gewalt



konkret: Was ist zu tun?

- Das Modell der Sicherheitspartnerschaften zwischen staatlichen und kommunalen Institutionen ausbauen und auf alle Kommunen erweitern.
- Schulungsangebote zum Thema Gewaltprävention bzw. Umgang mit Gewaltbetroffenen sollen für Mitarbeitende der Kommunen angeboten werden.
- Sichere, gewartete und gut beleuchtete Wege, Parkhäuser und Umsteigeplätze für mehr Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum.
- Ausbau des Gewaltschutzes (insb. Frauenhäuser und Beratungsstellen) durch zusätzliche Bundesmittel aus dem Gewalthilfegesetz.
- Alle Beschäftigten verdienen Schutz vor Gewalt. Der öffentliche Dienst muss in Hinblick auf Prävention von und Nachsorge nach verbalen oder tätlichen Angriffen als Beispiel für die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers vorangehen.
- In kommunalen Unternehmungen sowie bei Ausschreibungen für Dienstleistungen oder im ÖPNV muss die Sicherheit der Beschäftigten berücksichtigt werden.
- Kommunale Ordnungsämter müssen gestärkt werden.
- Eine verbesserte Vernetzung lokaler Akteur*innen kann Gewaltprävention stärken, etwa durch Einrichtung von Runden Tischen Gewaltschutz.
- Kommunale Schutzkonzepte zur Unterstützung kommunaler Mandatstragender.

Quelle: Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor, uzbonn/DGB 2020.



...sorgt für Gute Arbeit und Ausbildung in Kitas.

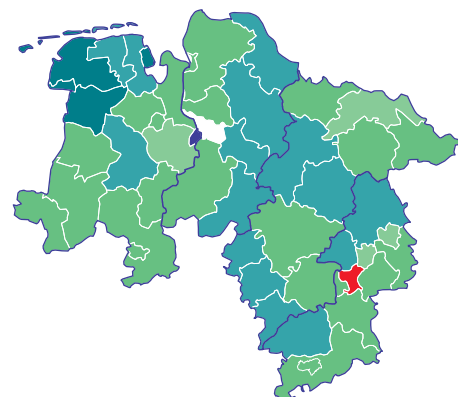
In Niedersachsen sind immer weniger Kindertagesstätten mit ausreichend Fachkräften ausgestattet. Qualifiziertes pädagogisches Personal ist der entscheidende Schlüssel, um Kinder in ihrer individuellen Entwicklung zu begleiten und dem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Wenn Personal fehlt, führt dies zu Überlastung bei den Erzieher*innen und die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder verfehlt die notwendige Qualität. Die Kommunen müssen mehr Anstrengungen in Richtung Gute Arbeit, vergütete praxisintegrierte Ausbildung und bedarfsgerechte Betreuung in der Kita unternehmen.

Investitionen in die Kinderbetreuung sind eine gesellschaftliche Notwendigkeit für die Entwicklung der Jüngsten und für einen planbaren Alltag der Familien.

Trotz eines gesetzlichen Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung fehlt es in den meisten Kommunen an Betreuungsplätzen. Auch wenn Plätze vorhanden sind, entsprechen die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten und die Aufnahmetermine nach der Elternzeit häufig nicht den beruflichen Anforderungen der Eltern und besonders der Frauen. Somit wird entweder der Alltag zum Drahtseilakt oder Familien stehen vor der Frage: Kinder oder Beruf.

Kinder unter 3 Jahre ohne Krippenplatz

- über 60%
- 50 – <60%
- 40 – <50%
- 30 – <40%
- 20 – <30%
- 10 – <20%



konkret: Was ist zu tun?

- **Gute Arbeit geht nur mit Tarifvertrag.** Auch externe Träger müssen den TVöD SuE vollumfänglich anwenden.
- Um den individuellen Bedürfnissen von Kindern gerecht zu werden, braucht es **mehr qualifizierte Fachkräfte** in den Einrichtungen. Hierbei muss ein Personalschlüssel gewährleistet sein, der in der Betreuungspraxis Urlaubs-, Krankheits- und Weiterbildungszeiten Rechnung trägt.
- Für die Gewinnung der nötigen Fachkräfte müssen die Kommunen **vergütete praxisintegrierte Ausbildungsplätze** in ihren Einrichtungen anbieten.
- Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen **ausreichend Kindergarten- und Krippenplätze** angeboten werden. Hierbei spielen **adäquate Öffnungszeiten** und **wohnortnahe Kitaplätze** eine zentrale Rolle, die zu den Lebensrealitäten von Eltern und speziell Müttern passen müssen.
- Die **Kosten für Krippenplätze** stellen für Eltern vielerorts eine zu hohe finanzielle Belastung dar und müssen entsprechend einer **angemessenen sozialen Staffelung** gesenkt werden.

Angaben in Prozent, im Jahr 2022 in Niedersachsen
Quelle: Bertelsmann Stiftung Fachkräftebarometer 2023

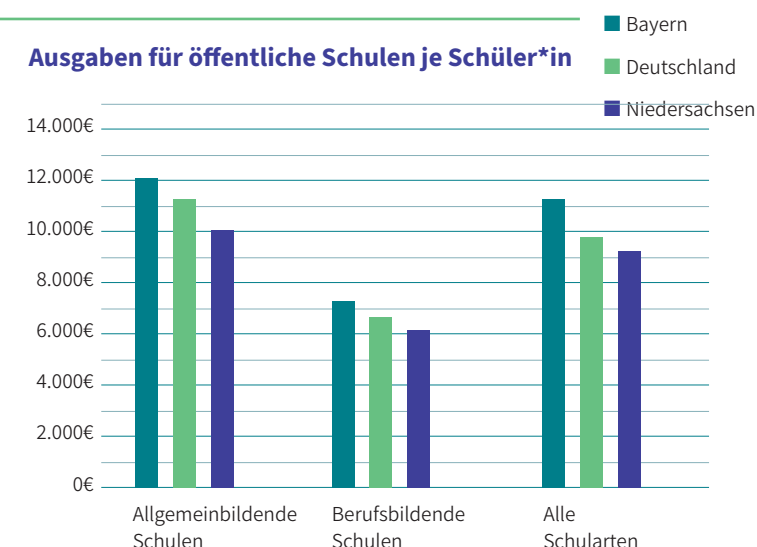
...sorgt für gute Bildung an Schulen.

Bildung ist der Schlüssel für eine demokratische und lebenswerte Gesellschaft. Neben dem Land sind auch die Kommunen dafür verantwortlich. Die Kommunen sind zuständig für die Bildungsinfrastruktur. Niedersachsen bewegt sich seit Jahren bei den Investitionen im Schulbereich im unteren Drittel. Bröckelnder Putz und marode Sanitäranlagen in Schulen sind keine gute Lernumgebung. Kommunen können mit der Bildungsinfrastruktur sozialpolitischen Einfluss nehmen und mit einer guten Schulentwicklungsplanung herkunftsbedingte Benachteiligungen bei der Bildung abbauen. Denn: Kinder mit Migrationshintergrund besuchen seltener eine Kita und sind an Hauptschulen über-, an Gymnasien unterrepräsentiert. Die Bildungsungleichheiten setzen sich in der beruflichen Ausbildung fort.

Kommunen, die auf das Thema Bildung setzen, sind wirtschaftlich besser aufgestellt und für die Zukunft besser gerüstet

Die Beförderung von Oberstufenschüler*innen ist in Niedersachsen immer noch uneinheitlich geregelt. Solange es keine landesweite Regelung gibt, die kostenlose Tarife oder ein vergünstigtes Deutschlandticket beinhalten, müssen Kommunen für eine verlässliche und günstige Beförderung ihrer Schüler*innen sorgen.

Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler*in



konkret: Was ist zu tun?

- Wir brauchen **kommunale Initiativen für die Chancengleichheit an Schulen und in der Ausbildung** – für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und für solche aus Haushalten mit niedrigem sozialökonomischen Status.
- **Klischeefreie Berufsorientierung** durch kommunale Zusammenarbeit zwischen Schulen, Arbeitgebern und Gewerkschaften.
- Die **Schulgebäude müssen** nach heutigen ökologischen Standards **sanziert werden**. Die Einrichtungen müssen barrierefrei und die Ausstattung zeitgemäß sein. Dafür müssen die Kommunen die konkreten Investitionsbedarfe erheben.
- Die Kommunen sind dafür verantwortlich, dass **nicht-lehrendes Personal eingestellt** wird. Wir fordern einen bedarfsgerechten und vor allem **ausreichenden Einsatz von gut qualifiziertem Personal**.
- Die **Inklusion an allen Schulen** muss durchgängig und beteiligungsorientiert umgesetzt werden, um ein inklusives Lehr- und Lernumfeld zu gewährleisten.
- Die **digitale Infrastruktur** an Schulen muss in Qualität und Passgenauigkeit dem heutigen pädagogischen und technischen Stand entsprechen.

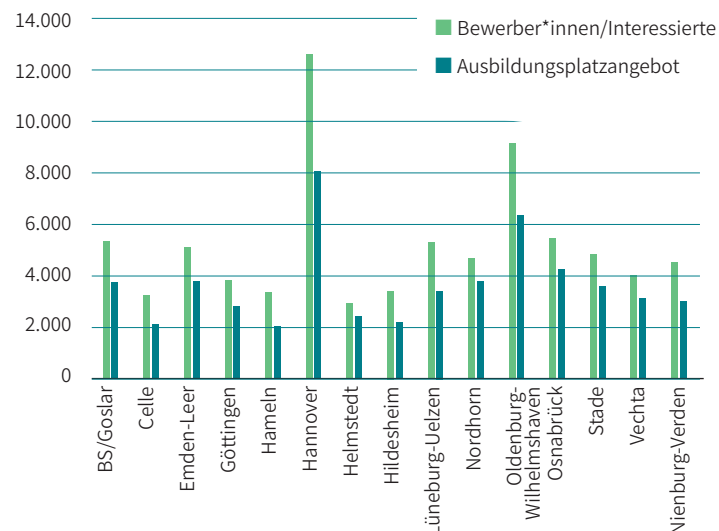
Quelle: Statistisches Bundesamt – Statistischer Bericht, Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler

...stärkt die berufliche Bildung.

Seit Jahren gibt es in Niedersachsen deutlich mehr Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, als es unbesetzte Ausbildungsstellen gibt. Jahr für Jahr bleiben so tausende junge Menschen ohne Ausbildung. Neben den Betrieben muss sich auch die Kommunalpolitik entschieden gegen diesen dramatischen Trend stellen. Absolvieren junge Menschen heute keine Ausbildung, ist die Gefahr groß, dass sie morgen auf die Unterstützung der Kommunen angewiesen sind. Niedersächsische Kommunen müssen jetzt mit gutem Beispiel vorangehen und helfen, den angespannten Ausbildungsmarkt zu entzerren. Daher ist das eigene Ausbildungsangebot der Städte, Gemeinden und Kreise von großer Wichtigkeit. Für einen guten Übergang in den Beruf sind die Jugendberufsagenturen zentral. Sie sind aktuell oft unterfinanziert und personell zu knapp ausgestattet, um Jugendliche „aus einer Hand und unter einem Dach“ wirklich unterstützen zu können. In Zukunft darf niemand mehr beim Weg in die Ausbildung verloren gehen.

Niemand darf beim Weg in die Ausbildung verloren gehen.

Angebots-Nachfrage-Relation in Niedersachsen 2025



konkret: Was ist zu tun?

- Kommunale Verwaltungen und Betriebe müssen ihre bisherige **Ausbildungsquote deutlich erhöhen** und die Ausbildungskapazitäten ausschöpfen und Auszubildende übernehmen.
- Kommunen sollten **lokale Bündnisse für mehr Ausbildungsplätze** mit Unternehmen und Gewerkschaften bilden, um zukunftsfähige und dauerhafte Ausbildungsplätze zu schaffen. Dabei darf es aber nicht nur um Quantität gehen, sondern um qualifizierte Ausbildungsplätze.
- Mehr Geld und Personal für **starke Jugendberufsagenturen**.
- Kommunen müssen eine **ehrliche lokale Ausbildungsmarktstatistik** erstellen, die alle Ausbildungsplatzbewerber*innen erfasst und ihren Verbleib ausweist.
- **Ausbildungsplatzgarantie:** Junge Menschen, die trotz aller Bemühungen keinen geeigneten betrieblichen Ausbildungsplatz finden, brauchen außerbetriebliche Angebote, die mit einer Kammerprüfung enden.

- **Bessere Ausstattung von Berufsschulen!** Die Gebäude und damit die infrastrukturelle Ausstattung der Berufsschulen liegen in der Verantwortung der jeweiligen Kommunen und Landkreise.

Anm.: Angebots-Nachfrage-Relation des gesamten Ausbildungsmarkts in Niedersachsen nach Bezirken der Agentur für Arbeit.
Quelle: Christ, Alexander; Neuber-Pohl, Caroline; Weller, Sabrina Inez; Milde, Bettina; Granath, Ralf-Olaf: Der Ausbildungsmarkt im Jahr 2025, eigene Darstellung.

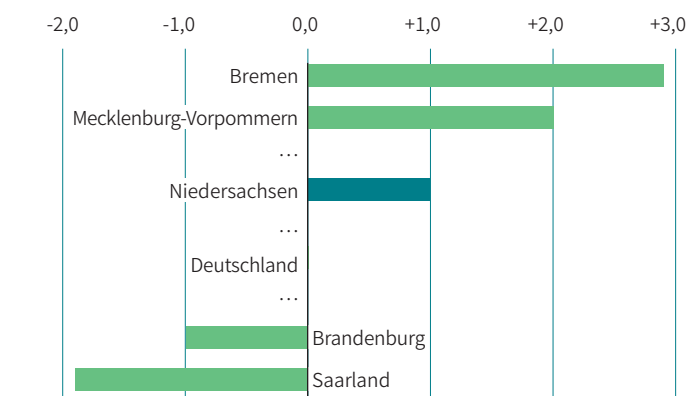
...stärkt Wirtschaft und Beschäftigung im Wandel.

Die regionale Industrie- und Wirtschaftsstruktur ist für die kommunale Handlungsfähigkeit von immenser Bedeutung, denn starke Standorte sichern Arbeitsplätze vor Ort und führen zu höheren Steuereinnahmen. Allerdings sind die Unternehmen aktuell mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Sogenannte Jahrhundertaufgaben wie die Dekarbonisierung und Digitalisierung werden von geopolitischen

Eine gute kommunale Strukturpolitik fördert Investitionen, schafft Arbeitsplätze und stärkt den Klimaschutz.

Krisen und hohen Energiekosten begleitet. Vor allem die Industrieunternehmen geraten immer stärker unter Druck. Deshalb braucht es eine ambitionierte Industrie- und Wirtschaftspolitik auf allen Ebenen, um die regionale Wertschöpfung (Local Content) zu stärken, Investitionen zu fördern, Beschäftigung zu sichern und die Wirtschaft nachhaltig aufzustellen. Dabei rückt auch die Kommunalpolitik in den Fokus, denn zentrale Planungs- und Entscheidungsprozesse liegen auf der kommunalen Ebene. Zudem sind Kommunen nah an allen Akteuren und können zielgenau unterstützen und Prozesse moderieren.

Veränderung des BIP (real) 1. Hj 2025 / 1. Hj 2024.



konkret: Was ist zu tun?

- Kommunen müssen durch eine **ambitionierte Industrie- und Strukturpolitik** einen gerechten Wandel unterstützen. Tarifbindung und Beschäftigung sowie die Stärkung des Industriestandorts und nachhaltiger Geschäftsmodelle insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) müssen im Zentrum der regionalen Strukturpolitik stehen.
- Gute Arbeit, Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit müssen obligatorische Förderkriterien der **kommunalen Wirtschaftsförderung** sein.
- Bei **Vergaben und Beschaffung** sollten Kommunen konsequent auf nachhaltige Produkte made in Niedersachsen setzen; etwa in Form einer klimaschonenden Fahrzeugflotte oder grünem Stahl als Baustoff.
- **Kommunale Ansiedlungsstrategien** sollten Beschäftigung sichern und ausbauen. Instrumente können dabei die Weiterentwicklung von Gewerbegebieten, Start-Ups- und Gründer*innen-Zentren, Beratungs- und Begleitangebote und rollierende Wagniskapitalfonds sein.
- Die Modernisierung der **öffentlichen Infrastruktur** muss als Motor für die regionale Wirtschaftsentwicklung genutzt werden.
- Regionale Arbeitsmarktveränderungen und Strukturwandelprozesse müssen durch **regionale Gleichstellungsstrategien** begleitet und flankiert werden und auf **Partizipation und Beteiligung** setzen.

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2025 – vorläufige Ergebnisse.

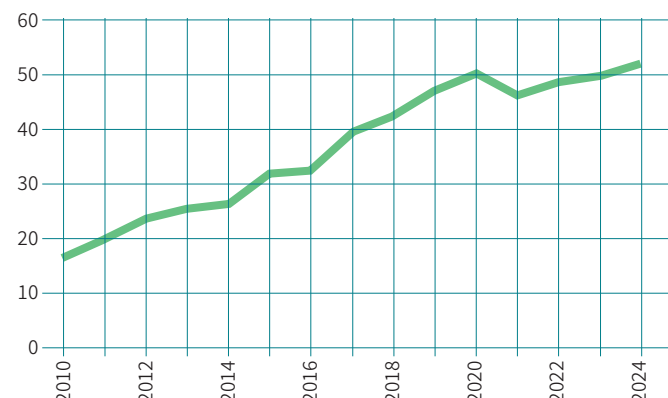
... bringt die Energiewende voran.

Niedersachsen ist das Land der Erneuerbaren Energien. Kein anderes Bundesland erzeugt so viel Energie aus erneuerbaren Quellen. Gleichzeitig spielt Niedersachsen mit seiner Energieinfrastruktur eine große Rolle für das gesamte Energiesystem. Doch darauf kann sich unser Bundesland nicht ausruhen. Ob Klimaneutralität erreicht werden kann, entscheidet sich mit der Energiewende. Deshalb muss es darum gehen, dass der Ausbau der Energieinfrastruktur vor Ort weiter zügig voranschreitet. Wichtig ist, dass die niedersächsischen Kommunen

Die Energiewende muss als Job-Motor in den Regionen Niedersachsens spürbar sein.

mit ihren Bürger*innen davon direkt profitieren. Positive Effekte ergeben sich, wenn neue mitbestimmte und tariflich gesicherte Arbeitsplätze entstehen, etwa in der Energiewirtschaft, in der Wartung und im Anlagenbau. Um den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden, ist eine gute Aus- und Weiterbildung in den Betrieben zwingende Notwendigkeit und muss entsprechend honoriert werden. Doch das Potenzial der Energiewende für die regionale Strukturentwicklung wird erst dann vollständig gehoben, wenn die Verfügbarkeit erneuerbarer Energie zu einer Ansiedlung von Unternehmen in den niedersächsischen Regionen führt.

Bruttostromerzeugung Erneuerbarer Energieträger in Niedersachsen in TWh



konkret: Was ist zu tun?

- Für die Kommunen Niedersachsens muss die Energiewende ein **Standortvorteil** sein. Energiedrehscheiben müssen etabliert, Energiekosten gesenkt, gute Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Der Ausbau der **Energieinfrastruktur** findet vor Ort statt. Die Kommunen müssen etwa durch Flächenausweisungen die Voraussetzungen dafür schaffen.
- Die Kommunen müssen ihren Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Ein Beispiel: **Photovoltaik** gehört auf alle Dächer öffentlicher Gebäude.
- Die **kommunale Wärmeplanung** muss genutzt werden, um eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung zu organisieren. Sektorenkopplung (die Vernetzung der Sektoren Elektrizität, Wärme, Energie und Verkehr) muss dabei eine größere Rolle spielen.
- Durch kommunale Pilotprojekte kann der Hochlauf der **Wasserstoffwirtschaft** in Niedersachsen an Schwung gewinnen.
- Eine breitere **Akzeptanz für die Energiewende** wird erreicht, wenn die Menschen vor Ort durch transparente Prozesse mitgenommen werden und direkt profitieren bspw. durch Bürger*innenwindparks, eine bezahlbare Energieversorgung und neue Arbeitsplätze.

Quelle: Eigene Darstellung nach Niedersächsische Staatskanzlei und Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz; Datenquellen: LSN; * Prognose IE Leipzig.

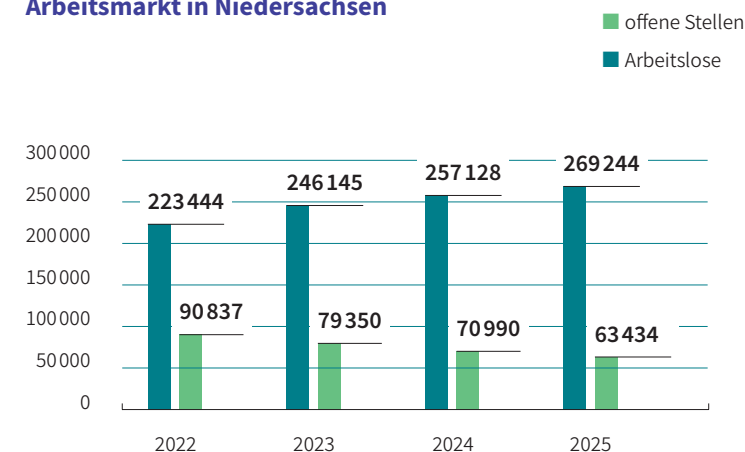
...sorgt für einen gerechten Arbeitsmarkt-zugang für alle.

Der niedersächsische Arbeitsmarkt ist angespannt: Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen und insbesondere im verarbeitenden Gewerbe geht die Beschäftigung stark zurück. Schwierig ist die Lage auch für diejenigen, die schon seit einem Jahr oder länger ohne Arbeit sind – die sogenannten Langzeitarbeitslosen, das betrifft 101.843 Menschen in Niedersachsen (Stand 12/2025). Darüber hinaus sind Frauen auf dem

Zur Sicherung von Fachkräften und für einen gerechten Arbeitsmarkt müssen alle Menschen angemessen gefördert werden.

niedersächsischen Arbeitsmarkt noch immer massiv benachteiligt: mit einem Gender Pay Gap von 16 Prozent, weniger Frauen in Leitungsfunktionen und häufig atypischen Beschäftigungsverhältnissen (z. B. Teilzeit). Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiten häufig unterhalb ihres Qualifikationsniveaus. Gleichzeitig gibt es in mehr und mehr Bereichen erhebliche Fachkräftengpässe. Zur Sicherung von Fachkräften und für einen gerechten Arbeitsmarkt müssen alle Menschen angemessen gefördert werden. Die Kommunen als Träger der Jobcenter müssen hier die Weichen richtig stellen!

Arbeitsmarkt in Niedersachsen



konkret: Was ist zu tun?

- Kommunen müssen **Arbeitslose** integrieren: Im Mittelpunkt muss berufliche **Qualifizierung** bei Bildungsträgern mit guten Arbeitsbedingungen stehen. Für Langzeitarbeitslose muss ein **kommunaler sozialer Arbeitsmarkt** mit regulären Arbeitsverträgen und tariflicher Bezahlung geschaffen werden. Kommunen würden davon doppelt profitieren, durch zusätzliche Beschäftigte und einer Entlastung bei Mietzahlungen für Erwerbslose.
- Aktive Arbeitsmarktpolitik für **Frauen**: Aufsetzen von regionalen **Projekten zur Umwandlung von Minijobs in feste Stellen, gleichmäßige Berücksichtigung von Frauen** in Fördermaßnahmen der Jobcenter, keine Vermittlung in Minijobs.
- Aktive Arbeitsmarktpolitik für **Menschen mit Migrationsgeschichte**: Hierfür braucht es umfassende „**Kümmerer-Strukturen**“ vor Ort. Wesentlich sind Anlaufstellen zur Anerkennung von Qualifikationen, Migrationsberatung, Sprachkurse für alle, Kinderbetreuung sowie kostenfreie Angebote zur Nutzung der neueingeführten **Validierungsverfahren** (Bewertung und Bescheinigung berufsrelevanter Kompetenzen). Eine Arbeitspflicht für Geflüchtete lehnen wir ab – es braucht schnelle Integration in den regulären Arbeitsmarkt statt Arbeitszwang!

Arbeitsmarkt in Niedersachsen jeweils im Juni.
Quelle: Statistik der BA

...sorgt für ein starkes soziales Netz vor Ort.

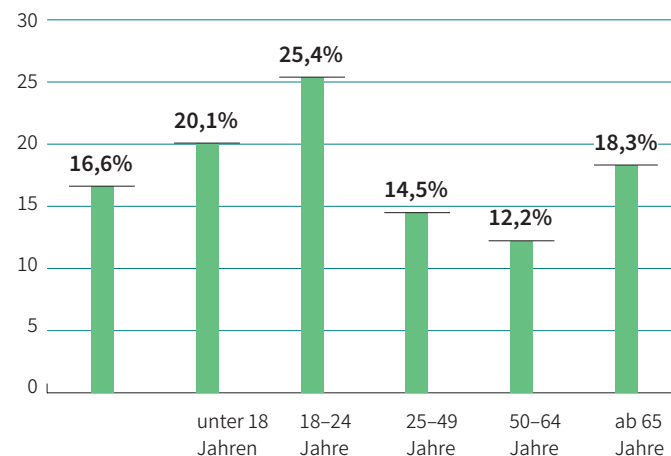
Die Armut in Niedersachsen ist seit 2010 von 14,5 Prozent auf 16,6 Prozent gestiegen, das betrifft insgesamt 1,3 Millionen Menschen. Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf, die Altersarmut und Wohnungslosigkeit haben einen neuen Höchststand erreicht. Zuzahlungen in der Pflege zwingen immer mehr Betroffene in die Sozialhilfe. Hinzu kommt ein enormer Anstieg des allgemeinen Preisniveaus, insbesondere die höheren Preise für Lebensmittel und Mieten setzen viele unter Druck. In dieser Lage kommt den Kommunen eine große

Bedeutung zu. Sie sind verantwortlich für die soziale Infrastruktur vor Ort. Dort wird entschieden und umgesetzt, wie Menschen in Notlagen konkret geholfen werden kann. Ob dies gut

gelingt, ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zentral: Ein starkes soziales Netz schützt vor gesellschaftlichen Spannungen und mindert Sorgen und Abstiegsängste der Bürger*innen.

Ein starkes soziales Netz ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zentral.

Armut in Niedersachsen



konkret: Was ist zu tun?

Die Bürger*innen erwarten eine **gute medizinische Versorgung**. Hier ist entscheidend, dass auch die Kommunen Verantwortung übernehmen und die Steuerung nicht dem Markt überlassen. Kommunale Kliniken und Pflegeeinrichtungen müssen gestärkt werden. Bei der ambulanten medizinischen Versorgung sollten Kommunen in unterversorgten Gebieten durch die Gründung von regionalen Versorgungszentren selbst aktiv werden.

Kommunen müssen eine **verlässliche soziale Infrastruktur** bieten. Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Notunterkünfte sowie die Beratung für Menschen in schwierigen Lebenslagen sind wichtige Angebote. Die entsprechenden Einrichtungen sind zur Zeit oft überlastet. Die Kommunen müssen hier für eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung sorgen.

Wir brauchen ein **entschiedenes Handeln gegen Kinderarmut**. Entscheidende Bausteine hierfür sind die Lernmittelfreiheit, die kostenfreie Möglichkeit, an Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten teilzunehmen und eine kostenlose warme Mahlzeit in Schulen und Kitas. Zudem gilt es, armutsensible Infrastruktur und Beteiligungsmöglichkeiten für betroffene Kinder und Jugendliche vor Ort auszubauen.

Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle im Jahr 2024 in Prozent.
Quelle: Landesamt für Statistik

Warum die Kommunalwahlen aus Sicht des DGB so wichtig sind



DR. ERNESTO HARDER

Vorsitzender DGB-Bezirk
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

» Es gilt massiv in Infrastruktur und Personal zu investieren. Da sind vor allem die Kommunen gefragt. Eine solide Infrastruktur und gute Dienstleistungen: Das brauchen die Menschen, um gut leben und arbeiten zu können.

Vor allem unsere ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände werden ja die Kommunalwahl mit unseren Forderungen und Vorschlägen begleiten. Ernesto, was bedeutet Ehrenamt für Dich?

Ich war über 10 Jahre in einem Stadtrat politisch aktiv. Ich weiß also, was es bedeutet, ehrenamtlich aktiv zu sein. Dafür musst Du von der Sache überzeugt sein, brauchst Motivation, Engagement und Herzblut. Ich weiß die Arbeit unserer DGB-Ehrenamtlichen in den Kreis- und Stadtverbänden also sehr zu schätzen und kenne ihre Arbeit und ihre Bedeutung für die Kommunalpolitik gut.

Was bedeutet das Engagement der DGB-Ehrenamtlichen für die Begleitung der Kommunalpolitik?

Unsere Ehrenamtlichen sind direkt vor Ort. Sie kennen die Bürgermeister*innen, die Stadt- und Landräte. Sie kennen die Situation vor Ort, die Probleme, aber auch die Chancen der Kommunen. Und sie kennen unsere

gewerkschaftlichen Forderungen und Vorschläge. Sie sind die Schnittstelle, die alles zusammenbringt, sie machen unsere Forderungen für gute Kommunalpolitik der Politik gegenüber stark.

Was ist aktuell die größte Herausforderung in der Kommunalpolitik?

Ganz klar: Die finanzielle Situation der Kommunen. Die ist dramatisch. Die Kommunen in Niedersachsen sind mit über 36 Milliarden Euro verschuldet. Es gilt aber massiv in Infrastruktur und Personal zu investieren. Da sind vor allem die Kommunen gefragt: Schulen, Kitas, Straßen, Busse und Bahnen, Wohnungen, Krankenhäuser, Kulturangebote und eine moderne Verwaltung. Das brauchen die Menschen, um gut leben und arbeiten zu können. Die Kommunen müssen also entschuldet und dringend auf stabile finanzielle Füße gestellt werden, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können. Auch für eine solide Finanzierung der Kommunen machen wir in unserem Papier Vorschläge.

